Beschluss:

Der Stadtrat beschließt einstimmig die Verwaltung zu beauftragen, unter Berücksichtigung der städtischen Haushaltssituation für das Jahr 2026 zu prüfen, welche ergänzenden Angebote für Schulen im Bereich der Demokratiebildung durchgeführt werden können und ob diese durch das Bundesprogramm ‚Demokratie leben!‘ gefördert werden können.